

Gisela Jakob

„Keine Zeit!“ - Veränderungen im Bildungswesen und Auswirkungen auf freiwilliges Engagement

Beitrag zur Dokumentation der Fachkonferenz „Potentiale nutzen. Förderung des ehrenamtlichen Engagements Jugendlicher“ am 20. Oktober 2011 in Berlin

I. Das neue Interesse an Partizipation und Engagement

„Zivile Gesellschaften sind darauf angewiesen, daß ihre Mitglieder ihre Freiheiten auch für solche Pflichten und Verantwortungen nutzen. Eben diese Notwendigkeit aber ist nicht natur-, sondern nur „kulturwüchsig“ zu haben. Sie wird in einer komplexen Folge von Entwicklungs- und Bildungsphasen einzelner Menschen und ganzer Generationen jeweils wieder neu erzeugt und gesichert werden müssen.“ (Mader 2000, S. 217)

Freiwilliges Engagement, Empathie und Hilfsbereitschaft, die Bereitschaft zur Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung, demokratische Haltungen wie Toleranz, Zivilcourage, Fähigkeiten des Aushandelns und der Kompromissbildung ergeben sich nicht von selbst, sondern müssen in jeder Generation neu gelernt werden. Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement¹ ist demnach sowohl ein Bildungsziel als auch ein Bildungsort (vgl. Hartnuß/ Maykus 2005). Engagement als *Bildungsziel* verweist darauf, dass die Bereitschaft und Kompetenzen, sich zu engagieren, im Verlauf des Lebens und möglichst in Kindheit und Jugend gelernt werden müssen. Freiwilliges Engagement als *Bildungsort* meint, dass im und beim Engagement vielfältige Bildungsprozesse stattfinden, bei denen Fähigkeiten und Kompetenzen erworben werden, die sowohl für die Übernahme einer aktiven Bürgerrolle als auch für die Persönlichkeitsentwicklung und die spätere berufliche Tätigkeit qualifizieren.

Bereits die Enquete-Kommission zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ hat in ihrem Abschlussbericht auf die Bedeutung des Lernens von bürgerschaftlichem Engagements hingewiesen und dabei auf eine Besonderheit aufmerksam gemacht, die für Ansätze zur Integration von Engagementlernen in Schulen und Hochschulen ganz wichtig ist: „Engagement wird gelernt, aber es kann nicht „gelehrt“ werden.“ (2002, S. 289).

Dieser Gedanke von freiwilligem Engagement als Bildungsfaktor hat durch die neuere Bildungsdebatte und einen neuen Bildungsbegriff Auftrieb bekommen (vgl. Rauschenbach 2010, 73; Bundesjugendkuratorium 2009): „Bildung von Anfang“, „Bildung ist mehr Schule!“ und eine Aufwertung informeller Bildungsprozesse sind die Schlagworte für ein erweitertes Bildungsverständnis.

Der Ausbau der Ganztagschulen hat Hoffnungen geweckt, dass die damit verbundenen neuen Zeitressourcen und die Entwicklung neuer pädagogischer Konzepte auch neue Optionen schaffen, um Schulen für Engagement zu öffnen.

Diese Hoffnungen haben sich bislang allerdings nicht erfüllt. So lassen sich zwar in einzelnen Schulen Aufbrüche und neue Ansätze beobachten. Dabei bleibt es aber häufig bei singulären Projekten, die auf das besondere Engagement einzelner Lehrer(innen) angewiesen sind.

Die Veränderungen im Bildungssystem in der Folge des sog. PISA-Schocks in den Schulen und der sog. Bologna-Reform im Hochschulbereich und die damit verbundene Verdichtung und Verregelung von Lernprozessen haben vielmehr zur Folge, dass Gelegenheiten, Orte und

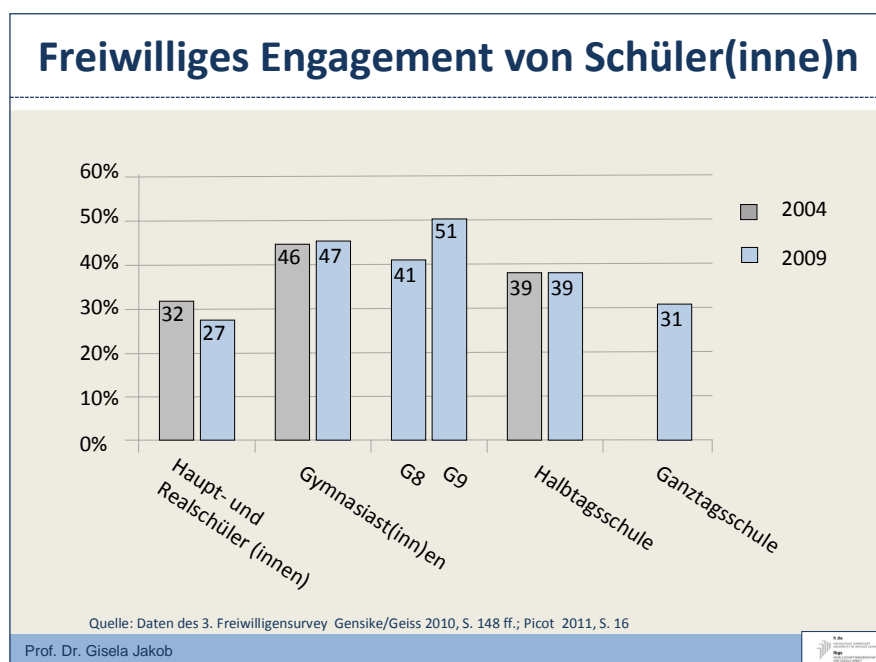
¹ Ich gebrauche die Begriffe freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement synonym. Sie stehen nicht für unterschiedliche Tätigkeiten, sondern sind Ausdruck unterschiedlicher Diskurse, in denen sich die jeweiligen Akteure verorten (vgl. dazu Olk/ Hartnuß 2011).

Zeiten für Engagement verloren gehen. Darauf weisen die vorliegenden empirischen Daten des 3. Freiwilligensurveys eindeutig hin.

II. Auswirkungen der (Hoch-)Schulreformen auf freiwilliges Engagement

Mit einer Engagementquote von 37 % sind die jungen Leute zwischen 14 und 24 Jahren eine hoch engagierte Gruppe. Allerdings gibt es, wenn man die bundesweite Entwicklung der letzten zehn Jahre betrachtet, einen leichten Rückgang des Engagements um 2 % in den jungen Altersgruppen (vgl. Gensicke/Geiss 2010, S. 148 ff.).

Ich beziehe mich im Folgenden auf die Daten des 3. Freiwilligensurveys und dabei vor allem auf eine Sonderauswertung zum Engagement junger Leute, die von Sibylle Picot (2011) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt wurde.



Die Daten zeigen die *starke Bildungs- und Schichtabhängigkeit des freiwilligen Engagements Jugendlicher*. Haupt- und Realschüler(innen) sind mit einer Engagementquote von 27 % deutlich weniger engagiert als Gymnasiast(inn)en mit einer Quote von 47 %. Während sich fast jede/r zweite Schüler eines Gymnasiums engagiert, tut dies nur etwas mehr als ein Viertel der Haupt- und Realschüler(innen). Schichtspezifische Differenzen und soziale Ungleichheiten werden auch im Engagement reproduziert. Jugendliche mit guten Startchancen und einem bildungsorientierten Hintergrund nutzen das Engagement als zusätzliche Chance für Lernprozesse. Bildungsbenachteiligte Jugendliche dagegen finden sehr viel seltener Zugang zu einem Engagement. Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren sogar verstärkt.

Weitere *Veränderungen* zeichnen sich *als Folge der Schulreformen* in den letzten Jahren ab:

- Schüler(innen) in den um ein Jahr verkürzten G8-Zweigen in Gymnasien sind deutlich weniger engagiert als Schüler(innen) in den G9-Zweigen, die weiterhin neun Jahre Zeit bis zum Abitur haben. Die Leistungsverdichtung und stärkere alltägliche zeitliche Inanspruchnahme durch die Schule infolge der lebenszeitlichen Verkürzung der

Schulzeit hat offensichtlich direkte Auswirkungen auf das Engagement der Schüler(innen). Wenn es eine Zeitkonkurrenz zwischen schulischen Anforderungen und einem freiwilligen Engagement gibt, dann scheinen viele Schüler(innen) in den verkürzten Gymnasialzweigen die Schlussfolgerung zu ziehen, das Engagement aufzugeben, oder sie übernehmen gar keine Aufgabe.

- Der *Ausbau der Ganztagschulen* wirkt sich direkt auf das freiwillige Engagement aus: Schüler(innen) in Halbtagschulen sind mit einer Engagementquote von 39 % deutlich höher engagiert als Schüler(innen) in Ganztagschulen, die nur zu 31 % aktiv sind. Was von den Jugendverbänden, den Trägern der offenen Jugendarbeit und den Sportvereinen vor Einführung der Ganztagschulen befürchtet wurde, hat sich offensichtlich bestätigt. Die stärkere Einbindung der Schüler(innen) in die Schule und damit eine weitere Institutionalisierung der Jugendphase hat zur Folge, dass ein erheblicher Teil von Schüler(innen) den zivilgesellschaftlichen Organisationen verloren gehen und nicht mehr für ein Engagement zur Verfügung steht.

Die Tendenzen in den Schulen setzen sich in den Hochschulen und beim Engagement Studierender fort. In den jüngeren Jahrgängen Studierender, die zu einem großen Teil in die verkürzten Bachelorstudiengängen eingebunden sind, ist das Engagement in den letzten zehn Jahren um 6 Prozentpunkte gesunken (Picot 2011, S. 17). Mit der Einführung der neuen verkürzten Studiengänge ist eine Verregelung und Verdichtung des Studiums verbunden, die offensichtlich auf Kosten des freiwilligen Engagements geht.

Angesichts dieser Befunde stellt sich die Frage, ob und wie dieser Verlust an Gelegenheiten, Orten und Zeiten zum Engagementlernen ausgeglichen werden kann bzw. wie dem entgegengewirkt werden kann. Dabei liegen Überlegungen nahe, Bildungseinrichtungen wie Schulen und Hochschulen für freiwilliges Engagement zu öffnen und neue Orte zum Engagementlernen in die Abläufe der Einrichtungen zu integrieren. Für die Schulen geht es dabei um eine innere und äußere Öffnung (vgl. Enquete-Kommission 2002, 545 ff.): *Innere Öffnung* meint, dass Ansätze und Konzepte von Partizipation und Engagement selbstverständlicher Teil der Schulkultur werden und breit, von allen an der Schule Beteiligten – und dazu gehören neben Schüler(inne)n und Lehrpersonal auch die Eltern – getragen werden. Mit dem Terminus der *äußeren Öffnung* geht es darum, dass sich Schulen ins Gemeinwesen öffnen, mit Akteuren wie freien Trägern, Vereinen und Verbänden, aber auch Wirtschaftsunternehmen kooperieren. Eine solche Integration von Engagement in schulische Abläufe muss in Kooperation mit außerschulischen Partnern erfolgen, die dafür Sorge tragen, dass freiwilliges Engagement nicht zu Schule wird. Damit wären wir mitten in den Paradoxien und Dilemmata, die mit einer solchen Ausrichtung verbunden sind.

III. Förderung freiwilligen Engagement in Schulen: eine paradoxe Anforderung

Die Förderung freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements durch und in Schulen ist allerdings eine *paradoxe Angelegenheit* – und dieser Sachverhalt scheint mir in der öffentlichen Debatte unterbelichtet (als Ausnahme vgl. Rauschenbach 2004). Paradoxien sind unauflösbare Widersprüche und Anforderungen, die das professionelle Handeln sowohl in der Schule als auch in der Sozialen Arbeit bestimmen und die bei dem Vorhaben einer Förderung freiwilligen Engagements in der Pflichtorganisation Schule besonders zum Tragen kommen. Um mit diesen paradoxen Anforderungen umzugehen, müssen neue Konzepte entwickelt und Modelle erprobt werden.

1. Freiwilligkeit versus Pflicht

Lernen im freiwilligen Engagement ist auf *Freiwilligkeit* gegründet. Das Prinzip der Freiwilligkeit ist ein wichtiges Prinzip in zivilgesellschaftlichen Organisationen und findet sich in der offenen Jugendarbeit ebenso wie in der Jugendbildungsarbeit. Ergebnisse aus Studien zum Engagementlernen und auch der Erfolg der Freiwilligendienste verweisen darauf, dass die freiwillige Übernahme einer Aufgabe eine wichtige Voraussetzung für selbst bestimmte, umfassende Bildungsprozesse ist.

Diese Grundannahme und die damit verbundene Logik, wie Bildungsprozesse in zivilgesellschaftlichen Organisationen angelegt sind, stösst allerdings beim Versuch einer Integration in Schulen auf eine völlig andere Logik. Schulen sind *Pflichteinrichtungen*. Dies beginnt bei der Schulpflicht und durchzieht die gesamte Unterrichtsorganisation.

Für die Implementation von neuen Beteiligungsmöglichkeiten und Gelegenheiten zum Erwerb von Engagementkompetenzen stellen sich dann allerdings Fragen, ob und wie diese beiden Logiken miteinander vereinbart werden können. Belässt man es bei der freiwilligen Entscheidung der Schüler(innen), sich zu engagieren oder nicht?

Bei der völlig offenen Entscheidung wäre zwar sichergestellt, dass das Prinzip der Freiwilligkeit eingehalten wird und damit auch die Bedingungen für selbst gesteuerte Bildungsprozesse gesichert wären. Ein solches Modell hätte aber den Nachteil, dass sich nur Schüler(innen) engagieren, die bereits eine Affinität zum Engagement haben. Andere hingegen, die am weitesten weg wären von solchen Formen, blieben ausgespart. Und es würde Prozesse verunmöglichen, die ein Schüler als Erfahrung aus einem von der Erziehungswissenschaftlerin Anne Sliwka geleiteten Service Learning Projekt bilanziert: „Freiwillig hätte ich das nie gemacht, jetzt würde ich das sofort wieder tun.“ (Sliwka 2004) Ähnliche Prozesse kennen wir auch aus dem Zivildienst, der ja ein Pflichtdienst ist bzw. war, der jungen Männern aber dennoch wertvolle Lern- und Bildungsprozesse ermöglicht hat, die sie ansonsten nicht gemacht hätten.

Mit diesem Problem von Freiwilligkeit und Pflicht ist auch die Frage verbunden, wie weit freiwilliges Engagement in den Unterricht integriert werden soll. Vertreter(innen) von Konzepten des Service Learning gehen von einer ganz engen Verbindung zwischen Unterricht und dem praktischen Tun in einem FE aus. Service Learning wird als ein methodisch-didaktisches Prinzip gesehen, um sich den Unterrichtsstoff besser aneignen zu können (vgl. Schröten 2011). Dem gegenüber stehen Vorstellungen, die stärker den Eigensinn des FE betonen und eigenständige Orte und Gelegenheiten für Engagementserfahrungen auch in schulischen Kontexten fordern.

2. Freiwilligkeit versus Pflicht als demokratietheoretisches Problem

„Dürfen im Namen der demokratischen Freiheit verpflichtende Programme für bürgerschaftliches Engagement staatlich angeordnet werden?“ (Adloff 2011, S. 35) Bürgerschaftliches Engagement ist eine Ressource, auf die demokratische Gesellschaften angewiesen sind, die sich aber nicht staatlich verordnen oder erzwingen lässt, sondern immer wieder neu hervor gebracht werden muss. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler hat dies mit der Formel von einer „freiwilligen Selbstverpflichtung“ als Anforderung an aktive Bürger(innen) umschrieben. Diese Freiwilligkeit ist auch grundlegend dafür, dass sich das Engagement manchmal auch gegen staatliche Vorgaben richtet und den Auftrag hat, auf Probleme aufmerksam zu machen. Wenn Engagement zu einer staatlich verordneten Angelegenheit wird, geht dieses gesellschaftspolitische Potenzial verloren.

3. Curricular festgelegte Lernziele versus ergebnisoffene Lernprozesse

In der *Schule* stehen *formale Lernprozesse* und die Vermittlung kognitiven Wissens im Vordergrund. Lerninhalte und –ziele sind im Curriculum festgelegt, und die Leistungen der Schüler(innen) werden mittels eines ausgeklügelten Bewertungssystems überprüft.

Lernen im freiwilligen Engagement basiert hingegen weitgehend auf *non-formalem und informellem Lernen*, d.h. Lernen findet statt, ohne dass dies immer intendiert ist. Verlauf und Ergebnis des Lernprozesses sind offen.

Für eine Integration in das Curriculum spricht, dass damit das Engagement als Teil der schulischen Anforderungen aufgewertet wird und dass es damit zu einem selbstverständlichen Bestandteil von Schule wird. Die Gegenargumente liegen auch auf der Hand: Engagementlernen würde damit der schulischen Logik unterworfen und sein Potenzial als informelles Lernen untergraben. Damit stellen sich Fragen danach, wie es gelingen kann, auch informelle Lernprozesse und Erfahrungslernen in schulische Curricula zu integrieren? Braucht es möglicherweise zweier Orte für das Engagementlernen: im Rahmen des Unterrichts und außerhalb des Unterrichts bei den Kooperationspartnern, die nachmittags Angebote unterbreiten? Sollte und wenn ja, in welcher Form könnte freiwilliges Engagement in der Schule bewertet werden? Oder wären andere Formen der „Bewertung“ in Form von Rückmeldungen und Zertifikaten (statt Noten) angemessenere Formen?

4. Schule als „abgeschlossene“ Einrichtung versus neue Kooperationen mit außerschulischen Akteuren

Bei einer Kooperation der Schulen mit außerschulischen Partnern stoßen Bereiche aufeinander, die unterschiedliche gesellschaftliche Aufgaben haben und nach unterschiedlichen Logiken arbeiten. Schule fungiert dabei als staatliche Einrichtung mit dem Auftrag der Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen, deren Aufgabe weitgehend rechtlich kodifiziert ist und die in eine aufwändige Kultus- und Schulverwaltungsbürokratie eingebunden ist. Dem steht eine Vielfalt an zivilgesellschaftlichen Organisationen gegenüber, die bei der Erfüllung ihres Auftrags weitgehend auf die freiwillige Mitwirkung angewiesen sind.

Diese unterschiedlichen Funktionslogiken finden sich bei den professionellen Kräften in den jeweiligen Einrichtungen und Organisationen als *unterschiedliche berufliche Fachkulturen* wieder. Wir wissen aus der Kooperation von Schule und Jugendhilfe, welches Unverständnis und welche Konflikte es dabei manchmal auf beiden Seiten gibt. Die Kooperation wird noch komplexer, wenn sich die Zahl der Kooperationspartner und deren berufliche Herkunft bei der Integration von Engagement in Schule nochmals erhöht.

Diese Paradoxien sind unbedingt im Blick zu behalten, wenn es darum geht, neue Modelle zur Förderung freiwilligen Engagements in Schulen zu entwickeln. Ihre Berücksichtigung hilft, um nicht naiven Vorstellungen und Appellen aufzusitzen. Das Wissen um diese Paradoxien und unauflösbaren Widersprüche kann auch den professionellen Akteuren helfen, Grenzen des eigenen Handelns zu erkennen und zu akzeptieren.

IV. Perspektiven und Anforderungen zur Förderung von Engagement und Engagementlernen in Schulen

- *Bürgerschaftliche Engagement als selbstverständlicher Bestandteil von Erziehung und Bildung in der Schule*

Bürgerschaftliches Engagement als Bildungsziel und Bildungsort sollte allen Kindern und Jugendlichen offen stehen. Schule als Einrichtung, die alle Kinder und Jugendlichen erreicht und die zugleich immer stärker auf deren Lebenswelt zugreift, ist nicht nur für die Vermittlung kognitiven Wissens zuständig, sondern ebenso dafür, Gelegenheiten zum Lernen von Kommunikations- und Kooperationsfähigkeiten bereit zu stellen, soziale Erfahrungen zu ermöglichen und bürgerschaftliche Kompetenzen zu vermitteln. Bürgerschaftliches Engagement und neue Ansätze von Service Learning gehören in die Mitte des Erziehungs- und Bildungsauftrags der Schule.

- *Beteiligungs- und Engagementförderung nicht nur Unterrichtsmethode, sondern Teil der gesamten Schulkultur!*

Förderung von Beteiligung und Engagement lassen sich nicht auf einzelne Projekte begrenzen, während sich ansonsten die Einrichtung nicht verändert und nach altbekannten Mustern verfährt. Partizipation, Verantwortungsübernahme und soziales Lernen müssen vielmehr *Teil der gesamten Schulkultur* werden und die Organisation Schule als Ganzes durchziehen. Das Bundesjugendkuratorium (2009) spricht von einer „partizipativen Organisationskultur“, die mit allen an Schule Beteiligten gemeinsam entwickelt werden muss. Die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement muss im Leitbild der Schule und in den pädagogischen Konzepten verankert und auf sinnvolle Weise mit dem Unterricht verbunden sein – ohne im Unterricht „aufzugehen“.

Förderung von Partizipation und Lernen von Engagement sind dann *nicht* nur eine Unterrichtsmethode, um Lernprozesse zu optimieren. Es geht vielmehr um eine *umfassende „Civic Education“* (Hartnuß 2011). Civic Education zielt auf die Erziehung und Bildung zur/zum kompetenten Bürger/in. In dem Begriff bündeln sich Ansätze politischer Bildung, die Stärkung der Partizipation der Kinder und Jugendlichen, der demokratischen Gestaltung des Alltags in pädagogischen Einrichtungen und der Förderung von freiwilligem bürgerschaftlichem Engagement (ebd., S. 152). Die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement lässt sich nicht trennen von einer demokratischen Schulkultur und einer Orientierung an Teilhabe und Partizipation der Schüler(innen).

- *Förderung bürgerschaftlichen Engagements an allen Schulen und für alle Schülergruppen*

Ganztagschulen sind aufgrund ihrer Zeitressourcen, aber auch aufgrund der Anforderungen zur Entwicklung neuer pädagogischer Konzepte für neue Partizipationsmodelle und Projekte zum Engagementlernen prädestiniert. Allerdings sollte sich die Förderung freiwilligen Engagements nicht auf Ganztagschulen beschränken, sondern gehört in alle Schulformen.

Ebenso gilt, dass *benachteiligte Jugendliche keineswegs die einzige oder ausgewählte Zielgruppe* sind. Angesichts ihrer Ausgrenzung auch beim Engagement muss es darum gehen, ihnen Zugänge zu mehr Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen. Allerdings: Beteiligung und Engagementlernen sind nicht nur eine Angelegenheit von Schulen in benachteiligten Stadtquartieren und taugen nicht als Reparaturbetrieb oder besondere pädagogische Maßnahme für benachteiligte Jugendliche. Wenn man bürgerschaftliches Engagement als Aktivität versteht, die für den Bestand demokratischer Gesellschaften essentiell ist, dann ist das Lernen von Engagement eine Anforderung an alle Kinder und Jugendlichen und gehört demnach auch an Gymnasien und Hochschulen.

➤ *Neue Kooperationen mit außerschulischen Partnern*

Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Schulen lässt sich nur in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern durchführen. Dies setzt voraus, dass sich die Mitarbeiter(innen) aus Vereinen und Verbänden nicht nur als Dienstleister für die Schule verstehen und Angebote unterbreiten. Vielmehr sind auch sie gefordert, ihre Projekte und Angebote an Partizipation und Engagementförderung auszurichten.

Eine erfolgreiche Kooperation zwischen schulischen und außerschulischen Partner(inne)n setzt eine *klugen Personalmix* zwischen professionellem Personal und freiwillig engagierten Bürger(inne)n voraus. Eine kontinuierliche und fachkundige Durchführung von Angeboten erfordert auch von Seiten der kooperierenden Vereine und Verbände professionelles Personal. Hinzu sollten in einem „klugen“ Personalmix freiwillig engagierte Bürger(innen) kommen, die z.B. in Patenschaftsprojekten, Fördervereinen etc. zusätzlich aktiv werden.

➤ *Auch eine politische Aufgabe!*

Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Bildungseinrichtungen ist nicht nur eine Aufgabe der einzelnen Schulen, sondern auch der *Bildungspolitik in Kommunen und Ländern*. Angesichts der starken Abhängigkeit der Schulen von bildungspolitischen Entscheidungen, braucht es auch ein eindeutiges politisches Signal, das Engagement und Engagementlernen als schulischer Auftrag von der Landespolitik gewollt sind. Das Thema muss in den Erziehungs- und Bildungsplänen verankert sein. Die Landespolitik könnte durch besondere Modellprogramme sowie die Unterstützung von Qualifizierungsmaßnahmen und Netzwerken eine Öffnung von Schulen für Engagement und Partizipation befördern.

Literatur

- Adloff, F. (2001): Community Service und Service-Learning: Eine sozialwissenschaftliche Bestandsaufnahme zum freiwilligen Engagement an amerikanischen Schulen und Universitäten. Nr. 5 in der Reihe Opusculum des Maecenata Instituts. Berlin
- Bundesjugendkuratorium (BJK) (2009): Partizipation von Kindern und Jugend – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums. München
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) 2005: Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Situation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule. Berlin
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Deutscher Bundestag 2002: Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen
- Gensicke, Th./ Geiss, S. (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Hrsg.: BMFSFJ, in: www.bmfsfj.de
- Hartnuß, B. (2011): Civic Education. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): Fachlexikon der sozialen Arbeit. 7. Aufl. Baden-Baden, S. 152-153
- Hartnuß, B./ Maykus, St. (2005): Mitbestimmen, Mitmachen, mitgestalten. Entwurf einer bürgerschaftlichen und sozialpädagogischen Begründung der Partizipations- und Engagementförderung in ganztägigen Lernarrangements. Expertise im Auftrag des BLK-Programms „Demokratie leben und lernen“. Manuskript. Münster

- Mader, W. (2000): Freiwillige soziale Dienste als Erfahrungsfelder einer zivilen Gesellschaft. In: Guggenberger, B. (Hrsg.): Jugend erneuert Gemeinschaft. Freiwilligendienste in Deutschland und Europa. Baden-Baden, S. 208 - 229
- Olk, Th./ Hartnuß, B. (2011): Handbuch bürgerschaftliches Engagement. Weinheim, München, S. 145-161
- Picot, S. (2011): Jugend in der Zivilgesellschaft. Freiwilliges Engagement Jugendlicher von 1999 bis 2009. Kurzbericht April 2011. Hrsg.: Bertelsmann Stiftung. Gütersloh
- Rauschenbach, Th. (2004): Schule und bürgerschaftliches Engagement – zwei getrennte Welten? Anmerkungen zu einer schwierigen Beziehung. In: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement als Bildungsziel (in) der Schule. Dokumentation der bundesweiten Fachtagung des BBE in Kooperation mit der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung am 29.-30. Oktober 2004 in Mainz. Berlin, S. 13-20
- Rauschenbach, Th. (2010): Kurzgutachten: Engagement und Bildung. In: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hrsg.): Engagement ermöglichen – Strukturen gestalten. Handlungsempfehlungen für eine nationale Engagementstrategie. Nationales Forum für Engagement und Partizipation, Bd. 3. Berlin, S. 73-85
- Schröten, J. (2011): Service Learning in Deutschland. Ein Überblick. In: Aktive Bürgerschaft/ sozial genial – Schüler engagieren sich (Hrsg.): Diskurs Service Learning. Unterricht und Bürgerengagement verbinden. Berlin, S. 13-23
- Sliwka, A. (2004): „Freiwillig hätte ich das nie gemacht, jetzt würde ich das sofort wieder tun“: Erfahrungen mit Service Learning an deutschen Schulen. In: Sliwka, A./ Petry, Ch./ Kalb, P. E. (Hrsg.): Durch Verantwortung lernen. Service Learning: Etwas für andere tun. Weinheim, Basel, S. 32-57

Kontakt:

Prof. Dr. Gisela Jakob
Hochschule Darmstadt
FB Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit
Adelungstr. 51
64283 Darmstadt
Tel.: 06151 / 16 89 67
E-mail: gisela.jakob@h-da.de